



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> **Ibarretxe fordert „historische Rechte“ für das Baskenland**



Auf einer Parteiveranstaltung der Baskischen Nationalisten (PNV) anlässlich des „Tages der baskischen Heimat“ äußerte der Regionalpräsident Juan José Ibarretxe (Foto), mit dem Ende des Terrorismus sei nun die Zeit für eine politische Lösung gekommen, um die "historischen Rechte" des Baskenlandes in eine neue Verfassung zu gießen. Das baskische Volk ließe sich nicht in das spanische Volk wie ein "Stück Zucker in Wasser" auflösen, sondern müsse das Recht haben, über die eigene Zukunft frei zu entscheiden, so Ibarretxe. Die einzige Verfassung der Basken seien ihre "historischen Rechte". Alle politischen Lösungen müssten auf Akzeptanz und Entwicklung derselben basieren, betonte der baskische Regionalpräsident. Diese Äußerungen stießen spanienweit auf heftige Kritik. PP-Innensprecher Ignacio Astarloa kritisierte, Ibarretxe wolle nun sein Programm der "Schaffung einer baskischen Nation" wiederbeleben und damit die Verfassung Spaniens aushöhlen. Auch Politiker der Regierungspartei PSOE äußerten

ten Bedenken. So lehnte der neue Fraktionssprecher der Sozialisten im spanischen Parlament, Diego López Garrido, Ibarretxes Worte als "vollkommen unakzeptabel und fehlgeleitet" ab. Der Ursprung der Rechte der Basken sowie aller Spanier sei die demokratische Verfassung von 1978 und nicht irgendwelche "historischen Rechte".

### >> **Spekulationen über weitere Kabinettsumbildung im Herbst**

Unmittelbar nach der jüngsten Kabinettsumbildung infolge des Rücktritts von Verteidigungsminister José Bono war in den spanischen Medien und politischen Diskussionsrunden bereits über die nächsten Wechsel am Kabinetttisch von Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero spekuliert worden. Die jüngsten Entwicklungen gaben diesen Gerüchten neue Nahrung. PSOE-Organisationssekretär José



Blanco zufolge soll Justizminister Juan Fernando López Aguilar (Foto) PSOE-Spitzenkandidat bei den Regionalwahlen im Mai 2007 auf den Kanaren werden. Er sei ein "ausgezeichneter Kandidat",

so Blanco. Die Sozialisten hoffen, mit einem starken Kandidaten – López Aguilar hat sich durch konsequente Arbeit im Justizministerium die Zustimmung der Bevölkerung und in den eigenen Reihen erarbeitet – die derzeit auf den Kanaren regierende Koalition aus Regionalisten (Coalición Canaria) und Volkspartei von der Regierungsbank zu verdrängen. Sollte López Aguilar die Kandidatur in seiner Heimatregion übernehmen, müsste das Justizministerium neu besetzt werden.

Auch der Sitz des Industrieministers José Montilla könnte demnächst frei werden, wenn sich die von der Tageszeitung *ABC* veröffentlichten Spekulationen bewahrheiten, dass Montilla den umstrittenen katalanischen Regionalpräsidenten Pasqual Maragall ablösen soll. Auch im Außenministerium könnte nach der Sommerpause ein Wechsel bevorstehen. Zum einen gibt es Gerüchte aus dem Regierungssitz Moncloa, wonach Außenminister Moratinos durch die Internationale Sekretärin der PSOE, Trinidad Jimenez, ersetzt werden soll. Zum anderen steht noch das Angebot der gemäßigt katalanisch-nationalistischen CiU im Raum, die der Minderheitsregierung Zapatero eine feste Koalition vorgeschlagen hat und willens ist, mit eigenen Ministern am Kabinetttisch in Madrid



Verantwortung zu übernehmen. In diesem Fall wäre der langjährige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses und Fraktionschef

der CiU im spanischen Abgeordnetenhaus, Josep Duran i Lleida (Foto), der erste Kandidat für die Übernahme des Außenministeriums. Zwar ist derzeit noch nicht absehbar, wann Zapatero seine Regierungsmannschaft umstellt und wer ins Kabinett aufrückt, doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass die jetzt anlaufende Kandidatensuche für die Regionalwahlen eine zweite Kabinettsumbildung mit sich bringen wird.

## >> Spaniens Linke feiert 75. Jahrestag der Gründung der zweiten Republik

Die politische Linke in Spanien gedachte am vergangenen Wochenende der Gründung der Republik am 14. April 1931. Viele von Sozialisten oder der Vereinigten Linken (IU) regierte Städte und Gemeinden hängten von den Balkonen der Rathäuser die republikanische Trikolore aus. Damit wurde das Verbot des Aushängens von nicht-kon-



stitutionellen Flaggen – wie die republikanische – an offiziellen Fahnenmästen geschickt umgangen. Die Volkspartei hatte zuvor angekündigt, Anzeige zu erstatten, sollte gegen dieses Verbot verstoßen werden. Laut IU-Sprecher Felix Taberna habe man es durch diese "politische Kreativität" ermöglicht, den Jahrestag friedlich zu feiern und dem Wunsch der Bevölkerung nach einem "bürgerlichem Republi-

kanismus" Ausdruck zu verleihen. PSOE und IU planen, das Jahr 2006 zum "Jahr der 'Historischen Erinnerung'" zu ernennen. Die Volkspartei, die darin den Versuch der Linken erkennt, die Republik zu glorifizieren und die PP als "Frankisten" in die rechte Ecke zu stellen, will hingegen den parlamentarischen Antrag dahingehend verändern, dass die "Harmonie" und der Konsens des spanischen Transitionsprozesses nach dem Ende der Franco-Diktatur zum Tragen kommt. Der Antrag soll in der letzten Aprilwoche im spanischen Abgeordnetenhaus debattiert werden. Bereits vor zwei Wochen hatte Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) im Senat die Er-



runungschaften der Republik hervorgehoben und damit eine historische Debatte in Gang gesetzt. Zapatero äußerte, dass die Republik als erstes genuin demokratisches Regime in Spanien wesentliche Fortschritte in Bezug auf Gleichberechtigung der Frauen, freie Bildung, soziale Rechte und territoriale Autonomie der Regionen gebracht habe. Sie sei daher als Embryo des heute existierenden politischen Systems anzusehen. Die Erklärungen des Regierungschefs fielen im Zusammenhang mit einer Frage zum neuen "Gesetz zur historischen Erinnerung", welches die Regierung vorbereitet. Der dazu erforderliche überparteiliche Konsens, um zu einer gemeinsamen Sichtweise der Republik, des Bürgerkriegs und der anschließenden

Franco-Diktatur zu kommen, scheint aber derzeit in weiter Ferne.

## >> Volkspartei bemängelt Zapateros Informationspolitik zur ETA

Die Volkspartei sieht das Versprechen des Regierungschefs, Oppositionschef Mariano Rajoy über die Entwicklungen nach dem ETA-Waffenstillstand und den möglichen



Verhandlungsprozess "umgehend und im direkten Dialog zu informieren", bisher nicht erfüllt. PP-Fraktionschef Eduardo Zaplana (Foto), forderte Zapatero auf, der PP endlich klare Informationen zukommen zu lassen, anstatt diese über die Medien „durchsickern“ zu lassen. Im Rahmen der Verifizierung der Glaubwürdigkeit des "dauerhaften Waffenstillstands" der ETA müssten regelmäßige Berichte in einem transparenten Prozess im Parlament diskutiert werden, so Zaplana. Zapatero hatte jüngst in einem Zeitungsinterview geäußert, die ihm vorliegenden Berichte würden die ernsthaften Absichten der ETA, die Waffen für immer niederzulegen, bestätigen. Ein kürzlich aufgetauchter Drohbrief, in dem die Terroristen einen baskischen Unternehmer zur Zahlung der so genannten Revolutionssteuer aufforderten, sei noch vor Bekanntgabe des Waffenstillstandes verfasst worden, hatte der Regierungschef versichert. Zaplana stell-

te diese Interpretation in Frage und monierte, dass dieser Brief nicht von der Polizei analysiert worden sei. Zudem habe der Regierungschef den PP-Vorsitzenden Mariano Rajoy, anders als zugesagt, nicht vorab über die der Regierung vorliegenden Berichte informiert.

Regierungschef Zapatero hat inzwischen angekündigt, bald vor das Parlament treten zu wollen, um sich die Autorisierung für Verhandlungen mit der baskischen Terrororganisation einzuholen. Gibt es keine unvorhergesehenen Zwischenfälle, kann dann ab Sommer der offizielle Verhandlungsprozess anlaufen, in dem nach dem Vorbild des Friedensprozesses in Nordirland die geordnete Auflösung der Terrorbewegung und die Wiedereingliederung von deren Mitgliedern in die baskische Gesellschaft behandelt werden soll. An zweiter Stelle sollen auch politische Verhandlungen über die Ausweitungen der Autonomierechte des Baskenlands geführt werden. Die Volkspartei lehnt in diesem Zusammenhang jegliche politische Zugeständnisse als "Belohnung" für die Beendigung des Terrorismus ab.

### >> **Übergangsrat übernimmt Amtsgeschäfte in Marbella**

Nachdem die beteiligten Parteien Übereinstimmung über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates in Marbella erzielt haben, wird dieser am 21. April die Amtsgeschäfte übernehmen. Die Zent-

ralregierung hatte den gesamten Stadtrat abgesetzt, nachdem zahlreiche Stadträte wegen Korruptionsverdacht und Betrugs im Immobiliensektor festgenommen worden waren. Die Volkspartei hatte die Einsetzung einer Übergangsregierung bis zu den Regional- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr durch die Zentralregierung zunächst heftig kritisiert und sofortige Neuwahlen gefordert, um einen demokratisch sauberen Weg aus der institutionellen Krise der Mittelmeerstadt einzuschlagen. Mit dieser Auffassung konnte sich die PP allerdings nicht durchsetzen. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Gespräche kündigte Landrat Salvador Pendon (PSOE) an, das Übergangsgremium sei eine "echte Kommunalregierung" mit allen Kompetenzen. Der Rat besteht aus einem Präsidenten (PSOE), vier Vizepräsidenten von allen im Stadtparlament vertretenen Parteien und 14 Dezernaten. Sprecher der PSOE und der PP sprachen von langwierigen und komplizierten Verhandlungen, zeigten sich aber zufrieden, am Ende die Zusammensetzung des Übergangsrates im Einvernehmen gelöst zu haben. Die Absetzung eines demokratisch gewählten Stadtrates durch die Zentralregierung ist ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der spanischen Demokratie. Angesichts der Ausmaße des Korruptionsskandals sah sich die Regierung Zapatero jedoch gezwungen, die "Notbremse zu ziehen".

## >> Spanische Nationalbank warnt vor sinkendem Wirtschaftswachstum



Der Präsident der Nationalbank von Spanien, Jaime Caruana (Foto), prognostizierte jetzt für das Jahr 2006 einen leichten Rückgang des spanischen Wirtschaftswachstums, welches im Jahr 2005 noch bei 3,4 Prozent gelegen hatte. Insbesondere der starke Anstieg des Ölpreises sei weder für das Wirtschaftswachstum noch für die Preisentwicklung eine gute Nachricht. Caruana zufolge trägt zudem der ständige Verlust an Wettbewerbsfähigkeit spanischer Produkte auf dem internationalen Markt zur Verlangsamung des Wachstums bei. Um einen nachhaltigen Wachstumskurs beizubehalten, seien Arbeitsmarkt- und Steuerreformen notwendig. Besorgniserregend ist weiterhin das chronische Handelsbilanzdefizit, das im Jahr 2005 um 28 Prozent angestiegen ist. Während die spanischen Exporte im vergangenen Jahr um 16 Prozent stiegen, legten die Importe um 19 Prozent zu. Auch die sinkenden Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft sowie die Reduzierung ausländischer Investitionen in Spanien geben Anlass zur Sorge. 2005 sanken die Gewinne im Tourismussektor um 37 Prozent und die ausländischen Investitionen um 15 Prozent. Das spanische Wachstum, das nach wie vor von einer

starken Binnennachfrage und einem boomenden Baugewerbe getragen wird, steht somit auf tönernen Füßen, wie Wirtschaftsexperten seit langem warnen. Die Zeiten des Wachstums müssten jetzt zu Reformen genutzt werden, um strukturelle Schwächen abzubauen und die spanische Wirtschaft krisenfest zu machen, so die Mahnung der Experten von der Nationalbank.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Volkspartei, Miguel Arias, wies kritisch darauf hin, dass die traditionellen Joker zum Ausgleich des Handelsbilanzdefizits – Einnahmen aus Tourismus und Europäischen Fonds – für 2006 nicht mehr in dem Ausmaße zur Verfügung stünden. Ohne diese Kompensationselemente gehe die Wirtschaft schweren Zeiten entgegen, wenn die Regierung nicht bald aus ihrer wirtschaftspolitischen Untätigkeit erwache, mahnte der PP-Politiker.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

**Neue Postanschrift:**

Plaza de Castilla 3, 16-D 2

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)